Sozialdemokratische
Gewerkschafter:innen
in der Arbeiterkammer Wien

Antrag Nr. 10

der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 186. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 3. November 2026

Für gute Arbeit im Straßengüterverkehr: Wirksame Schutzchecks bei Lkw

Ohne Berufskraftfahrer:innen steht die Versorgung still: Vier von fünf Gütern in Europa und fast drei Viertel in Österreich werden an Land über die Straße transportiert. Gleichzeitig hat die Liberalisierung des europäischen Transportmarktes in den 1990er-Jahren den Wettbewerbsdruck in der Branche massiv verschärft. Seit Jahrzehnten wird Wettbewerb immer mehr über niedrige Personalkosten, komplexe Subvergabeketten und die Umgehung arbeits- und sozialrechtlicher Vorschriften ausgetragen. Besonders als Transitland ist Österreich von dieser Entwicklung betroffen: Der Güterverkehr auf Österreichs Straßen hat sich seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt, rund zwei Drittel der Lkw stammen aus dem Ausland und jede fünfte innerstaatliche Transportleistung wird von ausländischen Unternehmen erbracht („Kabotage“).

Die Folgen tragen vor allem die Beschäftigten und die Allgemeinheit. Dumpinglöhne, überlange Arbeitszeiten und unzureichende Ruhezeiten erhöhen den Druck auf Fahrer:innen und gefährden ihre Gesundheit. Dabei steigt das Risiko für alle Verkehrsteilnehmer:innen: Jeder vierte Verkehrstote im ersten Quartal 2025 war an einem Unfall mit einem Lkw beteiligt – der höchste Anteil seit Beginn der Erhebungen. Übermüdung, Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten sowie andere Rechtsverletzungen sind längst keine Einzelfälle mehr, sondern Ausdruck eines Geschäftsmodells, bei dem Regelverstöße häufig einkalkuliert werden. Unternehmen, die sich an geltendes Recht halten, geraten dadurch zunehmend unter Wettbewerbsdruck.

Die bestehenden europäischen Schutzvorschriften können ihre Wirkung nur entfalten, wenn ihre Einhaltung wirksam kontrolliert wird. In Österreich erschweren unter anderem die zersplitterten Zuständigkeiten (vor allem zwischen Verkehrs-, Innen- und Finanzministerium) eine effektive Durchsetzung. Dadurch bleiben Lohn- und Sozialdumping, illegale Kabotage und andere Gesetzesverstöße vielfach ohne ausreichende Konsequenzen.

Wirksame Schutzchecks sind daher eine wesentliche Voraussetzung für faire Wettbewerbsbedingungen, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und mehr Verkehrssicherheit. Sie schützen Beschäftigte vor Ausbeutung, stärken rechtskonforme Unternehmen und erhöhen die Sicherheit auf Österreichs Straßen.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert die zuständigen Bundesminister:innen daher auf, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- **Kontrollzuständigkeiten bündeln:** Die Schwerverkehrskontrollen sind auszubauen, die Zusammenarbeit und Koordination der Behörden ist zu verbessern und es sollte eine ausdrückliche Datenübermittlungsbefugnis im Güterbeförderungsgesetz geschaffen werden. Die European Labour Authority (ELA) ist auf EU-Ebene in ihrer koordinierenden Rolle zu stärken.
- **Digitale Kontrollmöglichkeiten konsequent nutzen:** Österreich soll praxistaugliche Schnittstellen zwischen bestehenden Datensätzen schaffen und die Digitalisierung weiter vorantreiben, etwa durch eine nationale Verpflichtung zur Nutzung digitaler Frachtinformationen für innerstaatliche Transporte. Österreich sollte sich auf EU-Ebene zudem dafür einsetzen, dass das elektronische Frachtinformationssystem (eFTI) spätestens ab 2030 flächendeckend verpflichtend angewendet wird.

- **Wirksame Zwangsmaßnahmen bei schweren Verstößen:** Kontrollbehörden müssen Fahrzeuge bei gravierenden Verstößen vorübergehend stilllegen oder die Weiterfahrt untersagen können.
- **Finanzpolizei stärken:** Die Finanzpolizei benötigt ausreichend Ressourcen für Kontrollen im Straßengüterverkehr. Zudem sollte die Auftraggeberverantwortung gemäß § 27b Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetz geschärft werden.
- **Spezialisierung der Bezirkshauptmannschaften unterstützen:** Die zunehmende Komplexität des Verkehrs-, Arbeits- und Sozialrechts erfordert eine stärkere Spezialisierung der zuständigen Bezirkshauptmannschaften für den Straßengüterverkehr im jeweiligen Bundesland. Durch die Bündelung von Fachwissen können Verfahren effizienter und qualitätsvoller geführt werden.
- **Verursacherprinzip bei Sanktionen durchsetzen:** Sanktionen dürfen nicht weiterhin überwiegend die Lenker:innen treffen, wenn Verstöße durch Vorgaben der Auftraggeber:innen verursacht werden. Unternehmen, die Fahrer:innen zu Rechtsverstößen drängen, müssen stärker zur Verantwortung gezogen werden. Zudem sollten auch strafrechtliche Konsequenzen von Frächter:innen bei Verstößen gegen das Arbeits- und Sozialrecht drohen.
- **Strafhöhen bei Organstrafverfügungen (Organmandat) österreichweit vereinheitlichen.**
- **Selbstausbeutung und Scheinselbstständigkeit im Kleintransportgewerbe verhindern:** Zur Eindämmung von Missbrauch und zur Ermöglichung eines fairen Wettbewerbs braucht es verpflichtende Fahrerkarten und Kontrollgeräte sowie eine wirksame Auftraggeberhaftung bei Subvergaben
- **Arbeitsbedingungen für Berufslenker:innen verbessern:** Faire Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und ausreichende soziale Infrastruktur auf Raststätten sind zentrale Voraussetzungen für Sicherheit und Respekt gegenüber Berufslenker:innen. Dafür braucht es unter anderem zusätzliche Lkw-Stellplätze mit Sanitär-, Ruhe- und Versorgungsmöglichkeiten. Arbeitgeber:innen müssen für eine kostenlose Benutzung dieser Infrastrukturen sowie für ausreichenden Hitzeschutz, insbesondere durch Standklimaanlagen in den Fahrzeugen Sorge tragen.
- **Automatische digitale Erfassung von Be- und Entladestellen auf EU-Ebene vorantreiben.**

Angenommen ☒	Zuweisung ☐	Ablehnung ☐	Einstimmig ☐	Mehrheitlich ☒